

Stadtarchiv und Stadtgeschichte

Forschungen und Innovationen

**Festschrift für Fritz Mayrhofer
zur Vollendung seines 60. Lebensjahres**

Linz 2004

Archiv der Stadt Linz

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ
2003/2004

HERAUSGEGEBEN
VON
WALTER SCHUSTER,
MAXIMILIAN SCHIMBÖCK
UND
ANNELIESE SCHWEIGER

Umschlaggestaltung: Walter Litzlbauer
Porträtfoto Fritz Mayrhofer: Maximilian Schimböck

Für den Inhalt der Abhandlungen sind ausschließlich die
AutorInnen verantwortlich.

Der teilweise oder vollständige Abdruck von Arbeiten
aus der vorliegenden Publikation ist nur mit Bewilligung
der HerausgeberInnen nach Genehmigung der AutorInnen gestattet.

ISBN 3-900388-56-3
Medieninhaber: Archiv der Stadt Linz,
Hauptstraße 1–5, 4041 Linz
Hersteller: Trauner Druck, Linz

INHALT

Autorinnen und Autoren	7
Vorwort des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Linz	19
Vorwort des Kulturreferenten der Landeshauptstadt Linz	21
Vorwort von Herausgeberin und Herausgebern	23
 ARCHIVTHEORIE UND ARCHIVMANAGEMENT	
Erich Wolny: Zeitgemäße Leitung des Stadtarchivs – verlangt sie eine neue Sicht der Funktion?	29
Wilhelm Rausch: „Vor fünfzig Jahren“	33
Lorenz Mikoletzky: Wozu ein Archiv?	47
Peter Csendes: Metaphern für Archive – das Archiv als Metapher?	49
Walter Schuster: Zur Strategie für Archive	57
Ferdinand Oppl: Öffentlichkeitsarbeit in Kommunalarchiven Überlegungen am Beispiel des Wiener Stadt- und Landesarchivs	73
Lukas Morscher: Zukunft der Archive – Archive der Zukunft Vorschläge für ein zukünftiges Marketing von Archiven	95
Gerhart Marckhgott: Paradigmenwechsel Das Oberösterreichische Landesarchiv vor der „digitalen Revolution“ ...	109

Josef Riegler: Digitalisierung mittelalterlicher Urkunden – Aspekte der Medienkonvertierung im Steiermärkischen Landesarchiv	119
Maximilian Schimböck: Kommunalarchive als Dienstleistungsbetriebe Das Beispiel Linz	133
Werner Matt: „Linz als das pulsierende Herz der Kommunalarchivare“ Fritz Mayrhofer und der Arbeitskreis der Kommunalarchivare Österreichs	141
Siegfried Haider: Das Oberösterreichische Archivgesetz in seinen Auswirkungen auf die Gemeinden	147
Thomas Klagian: Die Abenteuer eines jungen Archivars in Bregenz	159
Hans Eugen Specker: Arbeitsgemeinschaften zum Erfahrungsaustausch und als Interessenvertretung von Kommunalarchiven in Deutschland	165
Josef Nössing: Gemeindearchive in Südtirol Zur Geschichte der Gemeindearchive in Südtirol sowie deren Erhaltung und Pflege	173
 (STADT)GESCHICHTSFORSCHUNG – THEORIE UND PROJEKTE	
Wilfried Ebbrecht: 30 Jahre Westfälischer Städteatlas Ein regionaler historischer Städteatlas im Kontext europäischer Forschung	183
Gabriella Hauch: „Zukunft heißt erinnern“ Zur Genese der historischen Frauenforschung im gesellschaftlichen und wissenschaftsgeschichtlichen Kontext	205

Peter Johanek: Stadt und Zisterzienserinnenkonvent Ausblick auf ein Forschungsprogramm	217
Anton Eggendorfer: Fünf Jahre Projekt „Netzwerk Geschichte“ in Niederösterreich Eine Bestandsaufnahme	231
Georg Heilingsetzer: Alfred Hoffmann und die Stadtgeschichte Bemerkungen anlässlich des 100. Geburtstages des Archivars, Historikers und Lehrers	241
Helmut Konrad: Universitäten in Bewegung: Zur Dynamisierung des Bildungssystems . .	253

QUELLEN

Walter Aspernig: Grundlagenforschung und Stadtgeschichte in Oberösterreich: Anmerkungen zur Edition der „Quellen zur Geschichte von Wels“	265
Leopold Auer: Materialien zur Linzer Stadtgeschichte im Haus-, Hof- und Staatsarchiv . .	273
Fritz Koller: Die „Linzer Akten“ im Salzburger Landesarchiv	279
Johannes Seidl: Von der Immatrikulation zur Promotion Ausgewählte Quellen des 19. und 20. Jahrhunderts zur biographischen Erforschung von Studierenden der Philosophischen Fakultät aus den Beständen des Archivs der Universität Wien	289
Brigitte Kepplinger: Fürsorgeakten als historische Quelle Die Betreuungsakten des Linzer Jugendamtes (1918–1950)	303

LINZER STADTGESCHICHTE

Erwin M. Ruprechtsberger – Otto H. Urban: Eine bronzena Schwertklinge vom Luftenberg – Zur Spätbronzezeit im Linzer Raum	313
Willibald Katzinger: Linz ohne Phantomzeit	327
Anneliese Schweiger: Weinbau im alten Linz	341
Georg Wacha: Albrecht Dürer in Linz	349
Herta Hageneder: Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenreformation in Linz	355
Rainer F. Schraml: Bernhard Weidner (1640–1709) Ein Linzer Schusterssohn als Abt des Zisterzienserstiftes Wilhering in Oberösterreich	359
Alfred Ogris: Die Linzer Wollzeugfabrik und die Orientalische Kompanie: Reaktionen in Kärnten (1725/26) auf eine Privilegierung	375
Gerhard Winkler: Johann Puchner und seine Weltsprache Nuove-Roman	387
Wieland Mittmannsgruber: Bürger der Stadt Linz Erwerb, Inhalt und Verlust des Gemeindebürgerrechts im 19. und 20. Jahrhundert	395
Monika Würthinger: Gruß aus Linz Correspondenzkarten dokumentieren Bau des Neuen Domes	411
Rudolf Zinnhobler: Franz Sales Maria Doppelbauer Korrekturen zu einem Bischofsbild	427
Emil Puffer: Hans Rösler – der letzte Stadtamtsleiter von Urfahr	441

Oskar Dohle: Geld für den Krieg Die Kriegsanleihe-Zeichnungen der Städte Linz und Urfahr im Ersten Weltkrieg	457
Andrea Kammerhofer: „Lebende Bilder“ in Linz	475
Harry Slapnicka: Knapp über der Wahrnehmungsgrenze Oberösterreichs Gauleiter der DNSAP fast so bedeutungslos wie die Partei selbst – weit über Hitlers Machtübernahme vom Jahre 1926 hinaus	491
Kurt Tweraser: Wirtschaftspolitik zwischen „Führerstaat“ und „Gaupartikularismus“ Eigruber und Hinterleitner: Der „Gaufürst“ und sein Wirtschaftsberater	499
Birgit Kirchmayr: Der Briefwechsel August Zöhrer – Elise Posse im Archiv der Stadt Linz Eine „Fußnote“ zur Geschichte des „Linzer Führermuseums“	515
Hermann Rafetseder: Das „KZ der Linzer Gestapo“ Neue Quellen im Rahmen des Österreichischen Versöhnungsfonds zum „Arbeitserziehungslager“ Schörgenhub	523
Michael John: Maghrebinen in Linz Beobachtungen über eine verborgene Seite der Stadt	541
Winfried R. Garscha – Claudia Kuretsidis-Haider: „Traurige Helden der Inneren Front“ Die Linzer Tagespresse und die Anfänge der gerichtlichen Ahndung von NS-Verbrechen in Oberösterreich 1945/46	561
Helmut Fiereder: Die Wiederbegründung der jüdischen Gemeinde von Linz 1945–1948	583
Johannes Ebner: Im Boot des Bischofs Franz S. Zauner „Porträts“ der Bistumsleitung	595
Siegbert Janko: Linz – Von der Stahlstadt zur Kulturstadt	607

ALLGEMEINE GESCHICHTE UND STADTGESCHICHTE

Karl Vocelka:	
Vom himmlischen Jerusalem bis Brasilia	
Zur utopischen Stadt in der Geschichte der Menschheit	625
Herwig Wolfram:	
Die Stadt der Frauen	635
Georg Scheibelreiter:	
Der König verlässt die Stadt	
Überlegungen zur räumlichen Veränderung der Herrschaft	
im 7. und 8. Jahrhundert	641
Walter Brunner:	
Neues und Interessantes zur Frühgeschichte der Stadt Graz	657
Alois Niederstätter:	
Die Städte der Grafen von Montfort und von Werdenberg	
Ein strukturgeschichtlicher Vergleich	677
Hannes Obermair:	
Vormoderne Übergangsregion?	
Die Städtelandschaft im Raum Trient-Bozen im Hoch- und	
Spätmittelalter	697
Susanne Claudine Pils:	
Wem gehört die Stadt?	
Von der Nutzung des städtischen Raums	711
Heinrich Koller:	
Stadt und Staat	
Das Hauptstadtproblem unter Kaiser Friedrich III.	719
Rudolf Kropf:	
Die spätmittelalterliche Gründung einer Kleinstadt im westungarisch-	
österreichischen Grenzraum (Stadtschlaining)	739
Roman Sandgruber:	
Die Grenzen der Stadt	749
Kurt Mühlberger:	
Bemerkungen zum Wiener Poetenkolleg	763

Franz-Heinz Hye: Ein unbekanntes, spätes Dokument – vom 11. Juni 1646 – zur Geschichte des Bauernaufstandes des Stefan Fadinger von 1626	779
Helmut Kretschmer: Zur Geschichte des Wiener Mozart-Denkmales	785
Johann Seedorf: Eingemeindungen im Stadtgebiet von Eisenstadt	797
Helmut Lackner: Ein „blutiges Geschäft“ – Zur Geschichte kommunaler Vieh- und Schlachthöfe Ein Beitrag zur historischen Städtebau- und Städtebau- technik am Beispiel Österreich	805
Wolfgang Maderthaner: Pathologie der Großstadt – Geschichten um den Praterstern	829
Evan Burr Bukey: Ein bitterer Triumph: Die Kampfmoral der deutschen Zivilbevölkerung 1941	839
Wolfgang Weber: Gibraltar liegt in Jamaika Zur Geschichte des Internierungslagers Gibraltar in Kingston 1940–1948	863
Wolfgang Neugebauer – Herwig Czech: Medizin und Gedächtnis Zum Umgang mit den NS-Medizinverbrechen in Österreich nach 1945 ..	873
Publikationen von Fritz Mayrhofer	885
Verwendete Abkürzungen und Siglen	891

HELMUT KONRAD

UNIVERSITÄTEN IN BEWEGUNG: ZUR DYNAMISIERUNG DES BILDUNGSSYSTEMS

Wenn die Generation der heute Sechzigjährigen auf ihr Leben zurückblickt, dann kann sie, obwohl ihr Leben in Österreich in einer für die Geschichte dieses Landes einmaligen Konstellation von Frieden, Stabilität, sozialer Sicherheit und Beständigkeit des politischen Systems abgelaufen ist, dennoch von sich sagen, in einer Zeit des beschleunigten Wandels gelebt zu haben. Die Generationen zuvor hatten Kriege, Krisen, Terrorregime, Grenzänderungen und oft unvorstellbares Leid erfahren müssen, man wird aber doch sagen können, dass die Alltagskoordinaten weitgehend konstant blieben. Bei der Geburt meines Vaters in der späten Habsburgermonarchie war die Schreibmaschine erfunden und das Eisenbahnnetz praktisch fertig. Und Autos gab es auch schon. Das blieben bis zu seinem frühen Tod seine wichtigsten technischen Bezugspunkte. Ich selbst und meine Altersgenossen mussten uns mit 40 der Kommunikationsrevolution stellen und sehen uns heute von der Generation der Kinder längst überholt, was die Kompetenz im Umgang mit Technologien betrifft, deren dynamische Entwicklungen und Veränderungen uns immer wieder überraschen.

Dieser beschleunigte Wandel ist auch dem Bildungswesen und hier ganz besonders an den Hohen Schulen abzulesen. Österreich ist zwar meist nicht der Vorreiter der Wandlungsprozesse, kann aber doch exemplarisch für die europäische Entwicklung stehen.

DIE ZEIT DES AUFBRUCHS

Wenn man heute Zäsuren in die Geschichte des österreichischen Hochschulwesens schlagen will, so ist für die Zeitspanne von 1945 bis heute vorerst die zweite Hälfte der Sechzigerjahre zu nennen. 1966 wurde die Johannes Kepler Hochschule in Linz gegründet, 1970 folgte die Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt. Dazwischen lag die Zeit des studentischen Aufbruchs, jenes legendäre Jahr 1968, an dem sich bis heute die Phantasien entzünden und um das sich auch in seiner bescheidenen österreichischen Ausprägung Mythen und Legenden ranken. Die beiden genannten Hohen Schulen spielen heute im

Konzert der Universitäten unseres Landes hörbar mit, sie haben sich als Universitäten etabliert und nach einigen Modifizierungen ihre Position gefunden. Diese beiden Neugründungen stehen für einen Aufbruch universitärer Bildung in unserem Land. War die Zahl der Studierenden um 1960 noch bescheiden mit knapp 30.000, so hat sich die Zahl in drei Jahrzehnten fast verachtfacht, was zeigt, dass der Aufbruch jener Jahre die Möglichkeiten extrem erweitert hat: Regionale, soziale und geschlechtsspezifische Barrieren wurden beseitigt, Stipendien und der freie Hochschulzugang veränderten das Bild der Universitäten. Die jungen, dynamischen Neugründungen sahen ohnehin von Beginn an anders aus, aber auch in den Traditionshäusern musste man sich mit einer gänzlich veränderten Studierendenpopulation abfinden.

Die Hohen Schulen nahmen am Beginn der Siebzigerjahre eine gesellschaftliche Vorreiterrolle ein. Die Regierung Kreisky hatte von der Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie gesprochen, und die erste Wissenschaftsministerin unseres Landes, Hertha Firnberg, holte die aufbegehrende Jugend ins Boot mit der Verankerung der Mitbestimmung in den universitären Strukturen. Das Universitätsorganisationsgesetz (UOG) 1975 war geboren, und nirgendwo in der Welt war die Möglichkeit der Studierenden und der nichtprofessoralen Hochschulangehörigen so groß, die eigene Institution mit zu formen und Transparenz einzufordern.

Das Hochschulwesen wagte damals einen Trapezakt: Die Fragen des quantitativen Wachstums wurden mit einem raschen Ausbau der Universitäten bei einer gleichzeitigen Umstellung der Entscheidungsstrukturen auf Mitbestimmung beantwortet. Ich kann selbst als gutes Beispiel dienen: 1972 wurde ich, ohne über einen Studienabschluss zu verfügen, auf eine volle Assistentenstelle in Linz gesetzt. Als mein Studienabschluss sub auspiciis praesidentis glückte, wurde mein Dienstposten wieder frei, da ich eine Stelle ad personam erhielt. Ohne viel vom Universitätswesen zu verstehen, saß ich sehr bald im nunmehr zu konstituierenden Senat der Hochschulen und spielte auf dem Klavier der nichtprofessoralen Mitbestimmung. Es herrschte also Frühling und Aufbruchsstimmung, die Probleme waren über Wachstum lösbar. Neue Sichtweisen stellten die konservativ-nationale Dominanz in Frage. Gerade in Linz waren Persönlichkeiten nach drei Jahrzehnten Exil ins Land und an die Universität zurückgeholt worden und wurden schulebend (Karl R. Stadler im Fach Geschichte, Kurt W. Rothschild in der Ökonomie). Österreich hatte den geistig-kulturellen Anschluss an die europäische Bildungslandschaft gefunden und war in den Organisationsfragen zum Vorreiter geworden.

MODERNISIERUNG UND RÜCKBAU

Für gut anderthalb Jahrzehnte funktionierte diese Form der Universität, mit der Hertha Firnberg Österreichs „wissenschaftliche Anstalten in unsere Zeit

hereingeholt“ hatte, wie sogar Erhard Busek unlängst zugestand, ohne sich den Nachsatz „[...] möglicherweise mit einer Struktur, die damals schon der Vergangenheit angehörte“, verkneifen zu können.¹ Die österreichischen Universitäten waren zwar nicht gerade gut international vernetzt, und die Mitbestimmung forderte im Inneren der Institutionen ihren Preis in zahllosen Kommissionen, die meist keine klare Übernahme von Verantwortung durch die Handlungsträger notwendig machte. Aber die Hohen Schulen funktionierten. Sie kannten ein hohes Maß an Identifikation ihrer Mitglieder mit der Institution, ja wohl sogar Stolz auf die jeweilige Einrichtung. Der Frauenanteil unter den Studierenden stieg sprunghaft an, eine geschlechtsspezifische Barriere zum Hochschulzugang ist seither nicht mehr erkennbar. Soziale Barrieren blieben aber trotz des freien Hochschulzugangs bestehen. Und bis in die Spitzenpositionen haben es bis heute nur ganz wenige Frauen geschafft.

Durch die gremiale Struktur waren die Universitäten träge in ihren Entscheidungen und überwiegend auf Beharrung ausgerichtet. Der damalige Status quo schien gut lebbar, das Problem der Massenuniversität hatte sich mit Ausnahme einiger Fächer (Psychologie, Architektur, Publizistik etc.) als bewältigbar erwiesen. Es ist aber zuzugestehen, dass ein Dynamisierungsschub überfällig wurde. 1993 wurde das Fachhochschulgesetz verabschiedet, ein Konkurrent mit Startvorteilen wie etwa der Begrenzung der Studierendenzahl und der Auswahl aus den Bewerbungen kam auf den Markt. Die Universitäten mussten mit einer effizienteren Entscheidungsstruktur antworten: Nach langen und heftigen Diskussionen wurde das UOG 1993 geboren.

Mich selbst sahen diese Jahre in einer spannenden, ambivalenten Situation. Als Rektor nach UOG 1975 hatte ich 1993 mein Amt an der Universität Graz angetreten, stand also in den alten Strukturen, konnte aber bereits oft nach den neuen Spielregeln agieren. Da gab es die Rückbindung in die Gremien, aber auch die rascheren Entscheidungen. Die Übergangssituation ließ viele Nischen entstehen, in denen Handlungsspielräume entstanden, die auf ihre Nutzung warteten. Auf der anderen Seite hatte das neue Gesetz die Möglichkeiten der Mitsprache für die nichtprofessoralen Mitglieder der Universität eingeschränkt, und mit gutem Grund formierte sich dagegen Protest. Die Rücknahme von Mitgestaltungselementen entsprach ganz sicher nicht den Grundzügen sozialdemokratischer Politik, und Möglichkeiten von klareren Verantwortungsstrukturen bei gleichzeitiger Wahrung der Mitbestimmung wurden gar nicht erst gesucht.

Die Politik der Umstrukturierung der Hohen Schulen ging Hand in Hand mit einer Verknappung der Ressourcen. Waren in den Siebziger- und Achtzigerjahren die meisten Probleme durch Wachstum zu lösen, so begannen nun die Auseinandersetzungen um Umverteilungen. Den Universitäten fehlten dazu aber die

¹ Siehe Erhard Busek, Die Richtung stimmt. In: Die österreichische Universitätsreform. Hrsg. von Sigurd Höllinger und Stefan Titscher. Wien 2004.

Instrumentarien. Sie hatten nicht gelernt, ihre Entscheidungen auf vergleichbare Daten zu stützen. Evaluation und Akkreditierung gehörten noch nicht zum Sprachgebrauch der Hohen Schulen.

QUALITÄTSSICHERUNG

Dabei gab es in der Geschichte der europäischen Universitäten keine Epoche, in der die Hohen Schulen ohne eine Form der Akkreditierung existierten. Da Universitäten stets bestimmte Privilegien hatten, da sie sich zudem nie aus sich selbst finanzierten und da der Abschluss eines Universitätsstudiums immer mit gewissen Rechten (Führung eines Titels, Ausübung einer Profession etc.) verbunden war, war die Existenz der Universitäten an einen rechtlichen Formalakt des weltlichen oder geistlichen Herrschers (und oftmals beider Instanzen) gebunden. Mit diesem Akt wurde und wird einerseits die ökonomische Existenz der Universität begründet, andererseits aber auch die Erwartungshaltung zur Erbringung spezifischer Leistungen fixiert.

Waren diese Frühformen einer Akkreditierung im Mittelalter und in der frühen Neuzeit überregional gültig, so führte die Herausbildung von Nationalstaaten dazu, dass der Staat diese Rechte weitgehend exklusiv (Ausnahmen sind kirchliche Einrichtungen) an sich zog und damit den Wirkungskreis der Anerkennung territorial eingrenzte. Bildungspolitik wurde staatliche Aufgabe, die Universitäten übernahmen als nachgeordnete Dienststellen die Aufgabe der akademischen Ausbildung. Sie waren damit anderen staatlichen Aufgabenerfüllern wie den Sicherheitsbehörden oder den Finanzämtern gleichgestellt, allerdings unter der Wahrung einer inneren Autonomie, die meist auch verfassungsmäßig abgesichert wurde („Die Wissenschaft und ihre Lehre ist [sic!] frei“).

Mit der Herausbildung des Europäischen Hochschulraums, der symbolisch im Juni 1999 mit der Unterzeichnung der Bologna-Deklaration durch 29 Europäische Bildungsminister ins Leben gerufen wurde, der in der Realität aber natürlich schon viel länger existierte, wie die Erasmus- bzw. Sokratesprogramme eindrucksvoll dokumentieren, musste die nationalstaatliche Form der Hochschulpolitik überdacht und neu geordnet werden. Seit dieser Zeit befindet sich die Themen Akkreditierung und Evaluierung im Spannungsfeld von institutioneller Autonomie, staatlicher Bildungspolitik und multinationaler Konzeptionen.

Universitäten beanspruchen, sicherlich meist mit gutem Recht, dass sich in ihren Mauern die Begabtesten der Gesellschaft zusammenfinden. Sicherung von Qualität zählt daher zu den zentralen Bereichen eines universitären Selbstverständnisses. Die sorgsame und gestufte Personalauswahl und die Einwerbung von Forschungsmitteln durchlaufen seit langem Prozesse einer internationalen Kontrolle. Sowohl Berufungskommissionen als auch (im deutschen Sprachraum) Habilitationskommissionen sind erprobte und strenge Einrichtungen der Qua-

litätskontrolle. Und die Geldgeber für Grundlagenforschung haben, wie auch die meisten wissenschaftlichen Publikationsorgane, strenge anonyme Prüfer.

Nicht im gleichen Ausmaß gilt dies für die Lehre. Sie ist allzu oft angebotsorientiert, richtet sich also stärker nach den Interessen der Vortragenden als nach den Erfordernissen zur Erreichung bestimmter Qualifikationsniveaus für die Studierenden. Forschungsangeleitete Lehre soll und muss zwar Merkmal universitärer Ausbildung bleiben, die Notwendigkeit von Zielvorgaben ist aber in einer Zeit erhöhter studentischer Mobilität ein Erfordernis, dem sich die Hohen Schulen nicht entziehen können.

In den USA war die Entwicklung deutlich anders. Der universitäre Sektor ist durch einen hohen Anteil privater Anbieter gekennzeichnet. Gerade bei den Spitzenuniversitäten dominiert meist der private Sektor. Das Angebot ist in den USA qualitativ breit differenziert. Das hat die Frage der Qualitätssicherung zu einem zentralen Anliegen der Universitäten selbst gemacht, um nicht den Markt als einziges Regulativ wirken zu lassen. So wird Akkreditierung in den USA nicht durch den Staat, sondern durch Assoziationen durchgeführt, die auf freiwilliger Basis existieren und entweder durch Universitäten oder durch Fächer oder aber durch professionelle Vereinigungen gebildet werden. Akkreditierung ist dort die Grundvoraussetzung, um als Anbieter ernsthaft auftreten zu können. Dies hat sich in einer von Europa doch ganz verschiedenen universitären Kultur herausgebildet. Und Evaluierung gehört in den USA zum Alltagsgeschäft.

DIE NEUEN STRUKTUREN

Es dauerte bis zum Jahr 1999, ehe an allen Universitäten unseres Landes das UOG 1993 implementiert war. Dieses Jahr 1999 war auch der Zeitpunkt, wo als eine der letzten Maßnahmen der Großen Koalition das Gesetz über die Errichtung von Privatuniversitäten verabschiedet wurde. Seit 2000 gibt es daher am universitären Bildungsmarkt drei Typen von Anbietern: die staatlichen Universitäten, die Fachhochschulen und die privaten Universitäten. Noch umfasst der staatliche Bereich etwa 90 Prozent der Studierendenpopulation, während die Privatuniversitäten nur etwa ein Prozent in ihren Mauern haben. Aber dennoch tut sich hier ein spannendes neues Feld auf. Der österreichische Akkreditierungsrat, der über die Qualität der privaten Anbieter und deren Programme wacht, ist ein international einzigartiges Gremium, das aus acht Expertinnen und Experten ohne österreichische Mehrheit besteht und nur nach Qualitätskriterien seine Entscheidung fällt. Da spielen politische Interessen keine Rolle, weder parteipolitische noch regionalpolitische. Nirgends sonst in der Welt hat sich der Staat in diesem Ausmaß aus der Entscheidung zurückgezogen. Wohl kann die Ministerin ihre Gegenzeichnung aus übergeordneten bildungspolitischen Interessen verweigern, was ein Ja verhindert, ein Nein des Rats bleibt aber jedenfalls ein Nein.

Insgesamt sind auf diese Weise derzeit sieben neue Universitäten entstanden. Einer weiteren wurde die Akkreditierung entzogen, eine andere (Traditionelle Chinesische Medizin) wartet derzeit auf die Gegenzeichnung des Aktes durch die Bundesministerin. Es wurden dabei Einrichtungen geschaffen, die auf neue Form die staatlichen Universitäten konkurrenzieren (Medizin Salzburg, Theologie Linz, Bruckner Musikuniversität Linz, Webster University Wien), andere besetzen Nischen (Medizinische Informationstechnologie Tirol), weitere sind Business Schools (IMADEC Wien oder PEF Wien). Dass die Ablehnungsrate des Akkreditierungsrats bei 60 Prozent der Anträge liegt, zeigt die Strenge der Maßstäbe, mit denen hier gemessen wird.

Die entscheidenden bildungspolitischen Maßnahmen finden aber natürlich noch immer auf dem Feld der staatlichen Universitäten statt. Und hier war das UOG 1993 gerade erst implementiert, als sich neue Änderungen ankündigten. 2001 fiel der gebührenfreie Zugang, Studiengebühren wurden gegen den heftigen Protest der Studierenden Realität. Und das Universitätsgesetz (UG) 2002 war der nächste Schritt, der das Gesetz von 1993 weiterentwickelte. Der Grundgedanke ist die Autonomie – die Universitäten sollen wie Betriebe agieren können. Ein Universitätsrat, der als Aufsichtsrat fungiert, ein Rektor, der mit umfassenden Kompetenzen die Universität führt, dazu nur ein schwacher Senat und die weitgehende Ausschaltung der Mitbestimmung mit Ausnahme von Studienangelegenheiten. International wurde und wird das Gesetz sehr positiv bewertet, in Österreich selbst überwiegt wohl eher die Ablehnung.

Dramatisch wird die Entwicklung vor allem aber dadurch, dass die großen Umstrukturierungen in die Zeit ökonomischer Einschränkungen erfolgen. Der Druck ist gewaltig. An Kaufkraft beträgt etwa 2004 das verfügbare Budget (ohne Personal) an meiner eigenen Fakultät nur mehr 50 Prozent zum Vergleichswert von 1998. Und die Rate der nicht besetzten Professuren hat 25 Prozent schon überschritten. Das sind einzelne Schlaglichter, aber sie machen deutlich, dass die Stimmung unter jenen, die die täglichen Lasten des Lehrens, Forschens und Verwaltens zu tragen haben, durchaus kritisch ist. Und all das geschieht zeitgleich mit der Forderung, sich im europäischen Hochschulraum so zu etablieren, dass die Umstellung auf das dreistufige Ausbildungskonzept sich an den Qualitätsnormen der jeweils Besten orientiert.

Der Sektor der Fachhochschulen ist heute sicherlich jener, von dem die größte Dynamik ausgeht. Der Fachhochschulrat, ein Gremium, in dem neben Expertinnen und Experten auch Vertreter und Vertreterinnen der gesellschaftlichen Kräfte sitzen, wacht wie der Akkreditierungsrat über die Qualität. Da aber der Staat zahlt, ist der Einfluss der Politik, etwa in der Standortfrage, nicht zu leugnen.

Über 130 Fachhochschulstudiengänge laufen derzeit, die sich bei einzelnen Trägern bereits zu echten Fachhochschulen verdichten. Alle Studiengänge können und müssen eine Studienplatzbewirtschaftung betreiben, was bedeutet, dass die Zahl der Studierenden genau begrenzt ist. Somit tritt meist der Fall ein,

dass die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der angebotenen Plätze übersteigt, und zwar oft vielfach. Fachhochschulen arbeiten daher mit handverlesenen Studierenden. Die Abgewiesenen finden sich dann an den Universitäten ein.

HUMBOLDT AM ENDE?

Die europäische Universitätslandschaft, und innerhalb dieser insbesondere der deutschsprachige Raum, stehen in einer Tradition, die Lehre eng mit Forschung verknüpft und via „forschungsangeleitete Lehre“ die Universitäten nicht nur als Ausbildungsstätten, sondern auch als den Sitz der Spitzenforschung begreift. Es ist klar, dass die Massenuniversitäten hier unter Druck geraten, weil sie in dem entscheidenden Bereich Forschung immer weniger Zeit und Mittel investieren können und so gegen außeruniversitäre Forschungsstellen ins Hintertreffen geraten.

Werner Welzig, bei dem ich vor 35 Jahren studieren durfte und dessen Verdienste als langjähriger Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften unbestritten sind, kam unlängst zum Schluss, dass „der Lebenszyklus der klassischen Hochschulen erschöpft“ sei. Wilhelm von Humboldt wird also wieder einmal für tot erklärt.

Seit gut 20 Jahren nehme ich überall in Europa an Begräbnisveranstaltungen für Humboldt teil, die alle wie Beschwörungsrituale wirken. Denn wie ein Untoter beherrscht Wilhelm von Humboldt, der vor zwei Jahrhunderten das preußische Bildungswesen reformierte, die Diskussion über die Zukunft der europäischen Universitäten. Dies verstellt nur zu leicht den Blick auf Realitäten und Möglichkeiten und auf den bereits (spätestens seit der Bologna-Deklaration von 1999) eingeschlagenen Weg in den europäischen Bildungsraum, der von ganz unterschiedlichen nationalen Ausgangslagen her eingeschlagen wird, der aber, unter Beibehaltung der nationalen Besonderheiten doch erkennbare gemeinsame Strukturen hat.

Für Österreichs Universitäten bedeutet dies relativ kurzfristig, sich auf Umorganisationen einzurichten, die etwa folgend aussehen könnten:

Das Studium wird drei gänzlich unterschiedliche Stufen kennen:

- a) Bakkalaureat: Wenn einmal etwa 40 Prozent einer Alterskohorte an den Unis und Fachhochschulen sind, wird es in diesen 8 Semestern stark um Ausbildung zu einem berufsqualifizierenden Abschluss gehen. Forschungsangeleitete Lehre ist hier nicht Primärziel, sie kann es geben, aber Statistik oder aber Einführung in die Biologie braucht vor allem gute Universitätslehrerinnen und -lehrer. Die Auslandsaufenthalte in diesem Studium dienen dem Spracherwerb (zwei Sprachen neben der Muttersprache wird wohl zur Norm) und zum interkulturellen Lernen. Die Universitäten müssen jedenfalls darauf

achten, dass der Studienabschluss berufsqualifiziert und dass dies die Gesellschaft akzeptiert. Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren machen für das Bakkalaureat keinen Sinn, sie wären nur ein Zeichen für Mangelwirtschaft und Zusatzsteuern, hätten aber keine Lenkungsfunktion.

- b) Magisterium: dieses Studium, das das Bakkalaureat voraussetzt, kann direkt aufbauend oder aber berufsbegleitend studiert werden und ist auf etwa vier Semester ausgelegt. Es dient der Spezialisierung und Vertiefung. Hier lebt Humboldt, denn hier muss Lehre forschungsangeleitet sein. Internationalität richtet sich hier nach Spezialangeboten an anderen Standorten, nach der Aufgabenstellung der Masterarbeit etc. Nicht jeder Bakkalaureatsabschluss soll ins Magisterstudium (die in Deutschland diskutierten 30 Prozent sind allerdings doch eher zu restriktiv), vor allem, um den Studienabschluss Bakkalaureat nicht zu entwerten.
- c) Doktoratsstudium: Dieses ist immer weniger ein dritter Studienschritt als ein erster Forschungsschritt. Europäisch werden sich Doktoratsprogramme (Spezialforschungsbereiche, Graduiertenkollegs etc.) herausbilden. Die Wahl des Studienorts wird dominant nach diesen Gesichtspunkten europaweit getroffen werden. Forschendes Lernen, Eingebundensein in Projekte und Finanzierung des „Studiums“ werden der Regelfall sein. Forschung dominiert über Lehre, und mit den Sonderforschungsbereichen (SFBs) und Kollegs soll sich jene Forschungslandschaft entfalten, die wir uns alle wünschen.

Das bedeutet: ein kostenfreies Erststudium im Bakkalaureat, ein selektives und kostenpflichtiges Zweitstudium im Magisterium und ein finanziertes, aber hochkompetitives Doktoratsstudium. Die Idee der klassischen Universität lebt also weiter, wenn auch ausdifferenziert, um den Spagat zwischen den gesellschaftlichen Verpflichtungen der Massenuniversität (mit freiem Zugang) und der Spitzenleistung in Forschung und Lehre gerecht zu werden.

WIE WEITER?

In Berlin haben im Jahr 2003 nicht weniger als 40 Bildungs- bzw. Wissenschaftsminister aus dem größeren Europa eine Strategie für die Weiterentwicklung des europäischen Bildungsräums unterzeichnet. Als einer der ganz wenigen geladenen Experten konnte ich auf dieser Veranstaltung über Qualitätssicherung im Hochschulbereich referieren. Und diese Thematik war auch zentral: man kann Mobilität der Studierenden nur dann befördern, wenn gewährleistet ist, dass am anderen Studienort im anderen Studienland vergleichbare Qualität geboten wird. So ist ein multinationales Netzwerk der Qualitätssicherer notwendig, und es ist glücklicherweise in Europa schon fast Realität. Nicht nur dass es etliche Vereinigungen gibt, in denen Erfahrungen ausgetauscht werden, es gibt auch große personale Verflechtungen. So sitze ich als Präsident des öster-

reichischen Akkreditierungsrats auch im deutschen Gremium (und dessen Vorsitzender ist bei uns Mitglied). Ich nehme an den Quality Audits des Schweizer Hochschulsystems teil und verbringe 2004 zehn Tage in Albanien, um dort zu helfen, ein Qualitätssicherungssystem zu etablieren.

Berlin brachte auch die Bekräftigung und Verstärkung des Beschlusses, sehr rasch in ganz Europa die Studien auf die Bachelor-Master-PhD-Struktur umzustellen. Spätestens 2005 sollten alle Universitäten in diesen Umstellungsprozess eingetreten sein. Das bedeutet, dass einige Jahre Parallelstrukturen laufen werden, dass aber um 2010 tatsächlich die Formen der Studien in Europa harmonisiert sein könnten. Auf diesem Fundament könnten sich dann inhaltlich alle regionalen Spezifizierungen in bunter Form entwickeln. Inhaltliche Vielfalt bei formaler Vergleichbarkeit sollte das angestrebte Ziel sein.

Wenn in Deutschland jetzt die Frage von Eliteuniversitäten diskutiert wird, so halte ich das für das europäische System für nicht angemessen. Um eine Universität zu kreieren, die den amerikanischen Spitzenuniversitäten entspricht, müsste man die Summen für eine solche Institution vom Ist-Stand aus verzehnfachen. Das ist unrealistisch. Realistisch ist aber, Stärken zu bündeln, Synergien zu erzeugen und gewachsene Traditionen nicht zu brechen, sondern als spezifische Schwerpunktsetzung mit Innovationsanreizen zu versehen. Dann würden auf längere Zeit gute, solide Universitäten gesichert sein. Und viel mehr ist unter den derzeit gegebenen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen ohnehin nicht zu erwarten.